



100 Tage Schwarzgelb – Schlecht für Bonn

Das war mehr als nur ein Rumpelstart für die schwarzgelbe Koalition, unter vier Augen sprechen selbst die eigenen Bundestagsabgeordneten von einer „Katastrophe“. Sie meinen das dann parteipolitisch, aber auch die demokratische Kultur hat im Lobbyistendickicht verloren und Deutschland verpasst täglich Chancen.

Besonders schlimm ist Schwarzgelb für Bonn. Von Westerwelles „Bonn in die Regierung“ ist außer dem Amt für ihn nichts geblieben. Im Gegenteil: An zahlreichen Stellen schaden Einzelentscheidungen und die Gesamtlinie von Schwarzgelb unserer Stadt und Region besonders stark. Von BaFin über Petersberg, von Arbeitsagentur bis Lobbyistengeschenke.

Schwarzgelb drückt auf die Gesamtfusion der Bonner Bundesanstalt für die Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin) auf die Bundesbank in Frankfurt. Mit Einzelheiten des Plans will Bundesfinanzminister Wolfgang Schäuble erst nach der Landtagswahl in NRW herausrücken, weil die Fachsprecher von CDU/CSU und FDP wohl alle Führungsebenen den BaFin von Bonn nach Frankfurt verschieben wollen, was einen gefährlichen Rutschbahneffekt für die 1.400 Bonner Beschäftigten der BaFin auslösen könnte.

Mit viel Mühe hatte ich erreicht, dass das Bundesfinanzministerium unter Peer Steinbrück die Bemühungen eingestellt hat, den Petersberg an einen Privatinvestor zu verkaufen. Dieses für die Geschichte der Bundesrepublik herausragende Gebäude gehört in die Hand des Staates und braucht weiter eine angemessene Nutzung. Kaum war Schwarzgelb am Ruder, begann die Fachabteilung des Ministeriums wieder mit Verkaufsbemühungen. Diese hat Wolfgang Schäuble jetzt eingefroren, nicht aber gestoppt. Wartet er auch hier nur die Landtagswahl ab?

Immer besser kam die Bonner Arbeitsagentur ins Laufen, präsentiert im Landesvergleich gute Zahlen. Und das bei einem schwierigen Arbeitsmarkt mit viel zu wenigen Angeboten für gering qualifizierte Beschäftigte. Alle Leistungen werden dort aus einer Hand angeboten. Schwarzgelb wird diese Einheit zerschlagen und macht dabei einen Zeitdruck, der keine Anpassung von EDV und Arbeitsabläufen mehr möglich machen wird. Das Chaos werden die Arbeitslosen ausbaden müssen.

Das Konjunkturprogramm II, konzipiert von Frank-Walter Steinmeier und Peer Steinbrück, hat viele Millionen Euro in Bonner Schulsanierungen, Gebäudedämmung und Sanierungen der Uni-Kliniken gespült. Die Steuersenkungen für Lobbyisten zum 1. Januar kosten Bonn dagegen jährlich Millionen, 2011 würden weitere gigantische Belastungen auf den Stadthaushalt zukommen, wenn es weitere Steuersenkungen für Gutverdiener gibt. Das Geld fehlt der wachsenden Stadt Bonn für Investitionen in Kindergärten, Schulen, ÖPNV und anderes. Rotzfrech: Statt sich mit den eigenen Parteifreunden in Berlin anzulegen, wirft die Bonner CDU dem neu und direkt gewählten Oberbürgermeister diese Finanzprobleme vor.

- Ulrich Kelber -

Rhein-Ruhr-Express soll weiter vorrangig gebaut werden

„Der Realisierung des Rhein-Ruhr-Express misst die Bundesregierung große Bedeutung bei. Damit die Deutsche Bahn AG die Planungen zügig aufnehmen und fortführen konnte, hat der Bund Planungskosten in Höhe von 20. Mio. Euro vorab übernommen.“ Dies antwortete die Bundesregierung dem SPD-Bundestagsabgeordneten Michael Groß auf seine schriftliche Anfrage (DS 17/493, Frage 39).

THEMEN

100 TAGE SCHWARZ-GELB
STEUERABZUG FÜR BONI
BEGRENZEN
ASSE II RÄUMEN
BEDINGUNGEN FÜR KURZAR-
BEIT VERBESSERN
EINSATZ NACKTSCANNER
MEHR GELD FÜR LEHRE AN
UNIS NOTWENDIG
KOMPAKTINFO AFGHANISTAN
DIESE WOCHE IM PARLA-
MENT

Termine

▶ 29.01.10, 18:30 - Bonn
Prunksitzung DK Honigs-
möhne, Brückenforum Beu-
el

▶ 20.01.10, 18:00 - Bonn
Sitzung Bonner Zollkano-
nen, Brückenforum Beuel

▶ 31.01.10, 16:30 - Bonn
Prunksitzung Bonner Stadt-
soldaten, Beethovenhalle

▶ 01.-02.02.10 - Hannover
Konferenz der umwelt- und
energiepolitischen Spre-
cher der SPD-Fraktionen in
Bund und Ländern

▶ 03.02.10 - Darmstadt
Podiumsdiskussion bei der
Konferenz Wohnen, Inno-
vation, Energie des GdW

▶ 04.02.10, 18:00 - Bonn
Bürgerforum „Mitreden
über Europa“, Altes Rat-
haus Bonn

▶ 05.02.10 10:30 - Bonn
Diskussion mit der Ober-
stufe der Gesamtschule
Bad Godesberg

▶ 07.02.10, 16:00 - Bonn
Prunksitzung AKP, Stadt-
halle Godesberg

SPD-Fraktion: Steuerabzug für überhöhte Banker-Boni begrenzen

Die Banken sollen sich an der Finanzierung der öffentlichen Lasten aus der Krisenbekämpfung angemessen beteiligen. Außerdem soll eine Begrenzung der steuerlichen Abzugsfähigkeit überhöhter Bonuszahlungen als Betriebsausgaben sofort umgesetzt werden, fordert die SPD-Fraktion in einem Antrag (17/526), der am Freitag auf der Tagesordnung des Deutschen Bundestages steht. "Durch eine Begrenzung der steuerlichen Absetzbarkeit von Gehältern und Abfindungen auf maximal 50 Prozent der Beträge, die eine Million Euro übersteigen, kann überzogenen Vergütungen entgegengewirkt werden", schreiben die Abgeordneten. Außerdem soll sich die Bundesregierung für die Einführung einer internationalen Finanztransaktionssteuer einsetzen und weitere Maßnahmen gegen Steuerhinterziehung und Steueroasen ergreifen. Die Finanzmarktaufsicht in Deutschland dürfe nicht geschwächt werden, warnt die SPD-Fraktion.

Die deutschen Steuerzahler hätten die Banken mit Milliardensummen unterstützt, heißt es in dem Antrag. Dies sei für eine funktionierende Kreditversorgung und zur Sicherung der Kundeneinlagen notwendig gewesen. "Die sich verbessernde Lage auf den Finanzmärkten lässt aber offenbar die alten Untugenden wieder modern erscheinen: Die Banken machen hohe Gewinne, die vorrangig im Investmentbanking erzielt werden – und zahlen wieder schwindelerregende Boni", kritisiert die SPD-Fraktion. Die erzielten Gewinne stammten häufig aus dem Verkauf von Staatsanleihen, die zur Finanzierung der Rettungsaktionen aufgelegt worden seien. Jetzt müssten auch die Banken dazu beitragen, die Lasten der Krisenbekämpfung zu tragen, heißt es in dem Antrag.



Web-Tipp

Den eigenen CO₂-Fußabdruck berechnen und Tipps zur Einsparung

www.greenmiles.de

Asse II: Rückholung der Fässer ist momentan beste Lösung

Die Kosten für die Rückholung radioaktiver Abfälle im Atommülllager Asse werden momentan auf 3,7 Milliarden Euro geschätzt. Das erklärte Bundesumweltminister Norbert Röttgen (CDU) am Mittwoch im Unterausschuss bei seinem Bericht über die Zukunft des Atommülllagers Asse II bei Wolfenbüttel. Röttgen sagte dabei, dass aufgrund der Bewertung der Langzeitsicherheit die "Rückholung der Abfälle" momentan als "beste Lösung" eingestuft worden sei. Es gebe aber noch keine endgültige Entscheidung. Das Bundesamt für Strahlenschutz (BfS) hatte vor kurzem in einem Optionenvergleich drei Möglichkeiten für die Schließung der Schachanlage – Vollverfüllung, Umlagerung und Rückholung - miteinander verglichen. Auch bei der Rückholung gibt es nach Auskunft von Röttgen noch "offene Problempunkte" wie den Zustand der Einlagerungskammern und Abfallgebinde, das radiologische und chemotoxische Inventar sowie die Möglichkeit der Nachweisführung der Langzeitsicherheit bei der Vollverfüllung. Er betonte aber auch, dass es wichtig sei, sich fair gegenüber den Anwohnern zu verhalten: "Offenheit und Transparenz gegenüber der Bevölkerung gehört zu den zwingenden Voraussetzungen, mit diesem Thema umzugehen", sagte er.

Die CDU betonte, dass es einen nationalen Konsens für die Endlagerung geben müsse. Gleichzeitig erkundigte sie sich, ob die Technologien für die sogenannte "Umkonditionierung" der Fässer vorhanden seien. Der Umweltminister sagte dazu, dass dies technologisch möglich wäre, betonte jedoch, dass dabei besonders schwierige Bedingungen zu erfüllen seien. Die SPD merkte an, dass für die Asse ein neues Planfeststellungsverfahren notwendig sei und fragte nach der "zeitlichen Dimension" für eine Rückholung. Röttgen nannte diesbezüglich das Jahr 2020, das sei das Datum, bis zu dem die Standfestigkeit der Anlage angesetzt sei. Es müsse für jedes Konzept der Rückholung aber auch ein Notfallkonzept geben, sagte Röttgen. Die FDP wollte in diesem Zusammenhang wissen, wie lange es dauern werde, die Langzeitsicherheit zu gewährleisten. Ein solcher Langzeitsicherheitsnachweis sei momentan nicht lieferbar, erklärte Röttgen.

Auch die Linke wies darauf hin, dass es keine unendliche Standsicherheit für Asse II gebe. Sie wollte daher wissen, welche Haushaltsmittel für dieses Jahr eingestellt worden seien. Die parlamentarische Staatssekretärin des Bundesumweltministeriums, Katherina Reiche (CDU), erklärte, dass momentan für die ersten Untersuchungen 75 Millionen Euro im Haushalt vorgesehen seien. Um die Frage der Kosten ging es auch bei der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen. Sie erkundigten sich unter anderem nach der Höhe einer möglichen Kostenbeteiligung der Energieversorgungsunternehmen. Eine Kostenbeteiligung gehöre dazu, antwortete Röttgen. Er wies jedoch darauf hin, dass es keine Rechtsgrundlage für eine Haftung der Energieversorgungsunternehmen gebe, dafür aber eine politische Dimension dieser Frage, die er als Verursacherprinzip bezeichnete.

Bedingungen für Kurzarbeit verbessern

Die Bundesregierung soll die Bedingungen für Kurzarbeit "unverzüglich" verbessern. Dies fordert die SPD-Fraktion in einem Antrag ([17/523](#)), in dem sie konkrete Vorschläge unterbreitet, wie bestehende Gesetze umformuliert werden könnten. So sollte nach Meinung der SPD die maximal mögliche Bezugsdauer für Kurzarbeitergeld "auf 36 Monate verlängert werden". Die Bundesregierung habe im November beschlossen, die Bezugsdauer ab 1. Januar 2010 weiter zu verlängern, "allerdings nur auf 18 Monate", heißt es in dem Antrag. Firmen, die erst ab 2010 auf das Instrument der Kurzarbeit zurückgreifen müssten, würden dadurch schlechter gestellt als Firmen, die bereits in 2009 Kurzarbeit in Anspruch genommen hätten. "Zudem drohe wegen auslaufender Kurzarbeit die Entlassung zahlreicher Arbeitnehmer. Daher bedürfe es statt einer kürzeren Bezugsdauer in der Krise vielmehr einer Verlängerung, heißt es in dem Antrag.

Die SPD-Fraktion will auch die Sonderregelung für die Übernahme der Sozialversicherungsbeiträge durch die Bundesagentur für Arbeit, die Ende 2010 ausläuft, verlängern. "Es ist davon auszugehen, dass die Nachfrage nach Kurzarbeit abnehmen wird, wenn die Sozialversicherungsbeiträge nicht mehr erstattet werden", schreiben die Parlamentarier. Gerade für mittlere und kleine Unternehmen verliere das Kurzarbeitergeld dann an Attraktivität.

Darüber hinaus sollten die Mitarbeiter in der Krise freie Zeit für Qualifikation nutzen, die Weiterbildungskosten sollen weiter staatliche gefördert werden. "Die unter der Vorgängerregierung getroffenen Verbesserungen im Bereich des Kurzarbeitergeldes müssen fortgesetzt werden", heißt es weiter. "Die Befristung der Sonderregelungen zu Kurzarbeitergeld, Qualifizierung und Arbeitslosengeld muss daher zwingend um ein weiteres Jahr bis 31. Dezember 2011 verlängert werden."

Ihre Initiative begründet die SPD-Fraktion unter anderem mit dem Hinweis auf das Jahresgutachten 2009/2010 des Sachverständigenrates zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung. "Entscheidend für die weitere Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt wird sein, wie die Unternehmen in den kommenden Monaten die Kosten der Weiterbeschäftigung relativ zu den Entlassungs- und späteren Such-, Einstellungs- und Einarbeitungskosten einschätzen werden", zitiert die SPD die Experten. Und weiter: "Dass die Kostenabwägung bisher zu Gunsten des Haltens der Arbeitskräfte ausgefallen ist, liegt nicht zuletzt an der Kostenerleichterung durch die Veränderung bei der Kurzarbeiterregelung."

Alle angegebenen Drucksachen lassen sich auf der Internetseite des Bundestages finden unter:

http://dip21.bundestag.de/dip21.web/searchDocuments/simple_search.do

Dort einfach die Nr. eingeben

Etwaiger Einsatz von Körperscannern bleibt umstritten

Der etwaige Einsatz von sogenannten Körperscannern an deutschen Flughäfen ist im Bundestag weiter umstritten. Dies wurde am Mittwochvormittag im Innenausschuss deutlich, in dem das Bundesinnenministerium mehrere Voraussetzungen für einen möglichen Einsatz der Geräte bekräftigte. Sie müssten gesundheitlich unbedenklich sein, Menschenwürde und Grundrechte nicht verletzen und zu einem Erkenntnisgewinn führen. Noch sei die Forschung an den Geräten nicht beendet.

Nach Einschätzung der CDU/CSU-Fraktion wäre ein solcher Scanner "kein Allheilmittel", könnte aber gegebenenfalls eine vernünftige Ergänzung anderer Sicherheitsmaßnahmen sein. Die Frage sei, ob damit ein zusätzlicher Sicherheitsgewinn erzielt werden kann, ohne Persönlichkeitsrechte zu verletzen.

Die SPD-Fraktion verwies darauf, dass ein entsprechendes Gerät auch qualifiziert bedient werden müsse, wozu auch Einschätzungsvermögen gehöre. Sie forderte zudem von Bundesinnenminister Thomas de Maiziére (CDU), in absehbarer Zeit einen Bericht über den Stand der Sicherheit an deutschen Flughäfen vorzulegen.

Die Fraktion Die Linke äußerte die Einschätzung, dass die Scanner relativ einfach auszutricksen seien. Schließlich könnten Stoffe auch innerhalb des Körpers transportiert werden. Die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen sprach von einer "Placebodebatte" und nannte den Einsatz von Scannern ein "relativ sinnloses Projekt".

Dass eins mal klar ist: So weit mir bekannt, haben wir von der FDP...

... in jüngster Zeit von der Pharmaindustrie keine Großspende bekommen !!



Der Minister nimmt Stellung zur Kostenexplosion im Gesundheitswesen ...

Karikatur: Klaus Stuttmann

Experten: Mehr Geld für die Lehre an Hochschulen notwendig

Die Bilanz zur europaweiten Hochschulreform, dem sogenannten Bologna-Prozess, ist am Mittwoch Vormittag im Bildungsausschuss gemischt ausgefallen. Vier Experten machten in einem Fachgespräch erneut deutlich, dass die Hochschulen wesentlich mehr Geld bräuchten, um die Lehre zu verbessern und einen Anstieg der Studierendenzahlen zu verkraften.

Anja Gadow vom Freien Zusammenschluss von StudentInnenschaften (fzs) bemängelte die Schwierigkeiten, die sich bei einem Hochschul- oder Studiengangwechsel ergäben. "Die Mobilität funktioniert auf internationaler Ebene besser als auf innerdeutscher", sagte Gadow. Es gebe eine solche Fülle von Studiengängen, dass die im Bologna-Prozess anvisierte Vergleichbarkeit nicht möglich sei. Das führe auch zu Problemen, wenn Studierende beispielsweise im dritten Semester in einen anderen, aber ähnlich aufgebauten Studiengang wechseln wollten. Oft seien sie gezwungen, wieder "bei Null" anzufangen.

Die Bilanz von Professor Jan-Hendrik Olbertz, Kultusminister in Sachsen-Anhalt und Vertreter der Kultusministerkonferenz (KMK), fiel positiver aus. "Wir sollten uns hüten, alles nur schlecht zu reden", mahnte er. Die Umstellung von Magister- und Diplomstudiengängen auf Bachelor und Master sei für Deutschland ein größerer Schritt gewesen als für die europäischen Nachbarn, weil das System ein völlig anderes sei. Zum Wintersemester 2009/2010 seien fast 80 Prozent der Studiengänge umgewandelt gewesen. Ein Problem sei die Verschulung der neuen Fächer. Die KMK habe "mit großem Nachdruck" die Hochschulen gebeten, die Prüfungszyklen zu überprüfen, damit "die Studenten auch einmal zur Ruhe kommen", sagte Olbertz.

Nach den Worten von Professor Peter Strohschneider, Vorsitzender des Wissenschaftsrates, sind viele Probleme "der jahrzehntelangen Unterfinanzierung des Hochschulwesens" geschuldet. Er forderte mehr langfristige Stellen für Professoren und Tutoren, um die Qualität der Lehre verbessern zu können. Notwendig sei auch ein Ausbau der "räumlichen Infrastruktur" der Hochschulen, um die Lehre zu verbessern. Neben Professuren mit einem Schwerpunkt auf Lehre, die gleichzeitig attraktive Karriereoptionen böten, sowie mehr Tutoren sei ein gut dotierter Preis für den besten Lehr-Professor wünschenswert, sagte Strohschneider.

Unterstützung erhielt er von Professor Margret Wintermantel, Präsidentin der Hochschulrektorenkonferenz. "Der Bologna-Prozess ist die tiefgreifendste Reform seit 200 Jahren", sagte Wintermantel. Für eine Bewertung sei es noch sehr früh. Immerhin studierten jetzt drei Viertel aller Erstsemester in Bachelor- und Masterstudiengängen, insgesamt seien es 43 Prozent aller Studenten. Die Abbrecherquote in den Geistes- und Kulturwissenschaften sei gesunken. Die Studenten seien Umfragen zufolge positiv davon angetan, dass nun neben inhaltlichen auch "überfachliche" Kompetenzen vermittelt würden, um auf das Berufsleben vorzubereiten. "Wir brauchen Kompetenzzentren, um neue Formen der Lehre und von Prüfungen zu entwickeln", forderte Wintermantel.

Ulrich Kelber
Bonn
Bundestagsabgeordneter

Büro Berlin:
Platz der Republik 1
11011 Berlin
Tel: 030 - 227 700 26
Fax: 030 - 227 760 08
Email: ulrich.kelber@bundestag.de

Büro Bonn:
Clemens-August-Str. 64
53115 Bonn
Tel: 0228 - 280 31 35
Fax: 0228 - 280 31 36
Email:
ulrich.kelber@wk.bundestag.de

... und im Internet
unter
www.kelber.de

Die Texte der Seiten 2-4 stammen vom Pressezentrum des Bundestages und der SPD-Bundestagsfraktion.

Afghanistan: Aufbau stärken, Aussöhnung unterstützen, Abzug vorbereiten

Der Einsatz der internationalen Gemeinschaft steht vor einer Zäsur. Präsident Obama hat im Dezember 2009 seine neue Afghanistan-Strategie vorgestellt. Ein wichtiger Meilenstein für die weitere Entwicklung Afghanistans ist die jetzt anstehende internationale Afghanistan-Konferenz am 28. Januar in London. Ziel der Konferenz ist, die Vereinbarungen des bald auslaufenden *Afghan Compact* von 2006 und die Beschlüsse der Pariser Konferenz von 2008 fortzuentwickeln und damit das weitere internationale Engagement in Afghanistan zu definieren. Vor diesem Hintergrund beziehen Partei und Fraktion der SPD klare Positionen. Die SPD hat zur Diskussion unserer Forderungen in der letzten Woche eine sehr erfolgreiche Konferenz zu Afghanistan ausgerichtet. Frank-Walter Steinmeier und Sigmar Gabriel haben in ihrem gemeinsamen Positionspapier klare Anforderungen an eine künftige Afghanistan-Strategie formuliert.

Unsere Kernforderungen

Schwerpunkt des deutschen Afghanistan-Engagements muss auch weiterhin der zivile Wiederaufbau und die Unterstützung der afghanischen Regierung bei der schrittweisen Übernahme der vollen Sicherheitsverantwortung in Afghanistan sein. Die weitere Beteiligung Deutschlands am internationalen Engagement in Afghanistan ist auch eine Frage der Glaubwürdigkeit als Partner bei ISAF und den Vereinten Nationen.

Afghanistan darf nicht wieder Rückzugsort, Ausbildungslager und Hort von islamistischen Terroristen werden. Darüber hinaus müssen Afghanistan und das afghanische Volk nach 30 Jahren Bürgerkrieg und Krieg wieder in Frieden leben können. Ein unüberlegter, übereilter Rückzug aus Afghanistan würde alles bisher Erreichte wieder zunichte machen. Wir sind nicht kopflos nach Afghanistan gegangen und dürfen das Land auch nicht kopflos verlassen. Gleichwohl wird die

Frage nach einer klaren Perspektive für die Beendigung unseres Einsatzes drängender. Wir müssen die Weichen hierfür jetzt stellen.

Es gilt jetzt, den Einsatz in Afghanistan in einer gemeinsamen Anstrengung zu einem guten Ende zu führen. Gemeinsam mit unseren Partnern müssen wir eine klare Perspektive für einen schrittweisen Abzug aus Afghanistan entwickeln.

- Wir brauchen eine deutliche Verstärkung der Aktivitäten im Bereich der Ausbildung und Ausstattung der afghanischen Sicherheitskräfte. Die Zahl der Polizeiausbilder muss mindestens verdoppelt werden. Hier muss die Bundesregierung ihren Einfluss auf die Länder nutzen.

Die Entsendung zusätzlicher Einheiten mit offensivem Auftrag (Kampftruppen) lehnen wir ab. Zusätzliche Kapazitäten für die Ausbildung der Afghanischen Nationalarmee (ANA) sind aus dem bestehenden Bundeswehrrkontingent von 4.500 Soldatinnen und Soldaten zu gewinnen.

- Die internationale Gemeinschaft muss sich auf klare und endgültige Zielgrößen für den Aufbau der ANA und der ANP (Afghanische Nationale Polizei) und auf einen konkreten Zeitplan für deren Erreichung verständigen.
- Notwendig ist außerdem ein konkreter Zeitplan für die schrittweise Übergabe der Sicherheitsverantwortung in der Nordregion an die afghanischen Sicherheitskräfte, beginnend noch in diesem Jahr.
- Die Bundesregierung muss sich in den internationalen Verhandlungen gegenüber ihren Verbündeten dafür einsetzen, dass alle Voraussetzungen dafür geschaffen werden, um die Forderung der afghanischen Regierung zu erfüllen und umzusetzen, wonach bis zum Jahr 2015 alle notwendigen bewaffneten Einsätze durch die afghanischen Streitkräfte selbst bewältigt werden und die internationalen Streitkräfte nicht mehr an Kampfhandlungen beteiligt sein sollen. Dies bedeutet auch, dass der Einsatz der deutschen Bundeswehr in einem Korridor zwischen 2013 bis 2015 abgeschlossen werden kann und soll.

- Nach der Aufstockung des deutschen Truppenkontingents von 3.500 auf 4.500 Soldatinnen und Soldaten im Oktober 2008 will die SPD keine weitere Aufstockung des Bundeswehركontingents in Afghanistan. Sollte für die Umsetzung der zeitlichen Vorgaben für die Ausbildung der afghanischen Sicherheitskräfte und die Übergabe der Sicherheitsverantwortung an die afghanischen Stellen sowie das Erreichen des Korridors zwischen 2013 und 2015 für die Beendigung des Bundeswehreinsetzes eine maßvolle und zeitlich begrenzte Überschreitung der bisherigen Obergrenze notwendig erscheinen, so muss die Bundesregierung dies im Deutschen Bundestag nachweisen und beantragen.
- Der zivile Wiederaufbau muss forciert werden. Die Mittel für den zivilen Wiederaufbau nicht nur des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit müssen verdoppelt werden, mit Schwerpunkt auf wirtschaftlicher Entwicklung einschließlich der Landwirtschaft, Energieversorgung, Infrastruktur und Bildung. Die Bundesregierung muss dies im Haushaltsplan 2011 und der mittelfristigen Finanzplanung konkret unterlegen.
- Notwendig sind darüber hinaus konkrete finanzielle und politische Beiträge zur Förderung einer guten Regierungsführung und zur Unterstützung der innerafghanischen Aussöhnung und eine Weiterentwicklung des regionalen Ansatzes in Richtung auf wirtschaftliche Kooperation zwischen Afghanistan und seinen Anrainern.

Afghanistan-Strategie der SPD

Die SPD-Bundestagsfraktion begleitet bereits seit Oktober 2006 mit einer „Task Force Afghanistan“ als Arbeitsgruppe der SPD-Bundestagsfraktion intensiv die Entwicklung Afghanistans.

Seit Beginn des Afghanistan-Einsatzes sind wir mit unserem deutschen Ansatz sehr erfolgreich gewesen. Unsere Strategie mit dem Schwerpunkt auf dem zivilen Wiederaufbau hatte den Erfolg, dass der Norden des Landes lange Zeit ruhiger blieb

als andere Landesteile. Dieser Ansatz ist richtig, und mittlerweile konnten wir auch andere von dieser Strategie überzeugen. Die internationale Gemeinschaft hat in den letzten zwei bis drei Jahren begonnen, vorherige Versäumnisse zu korrigieren und ihre Strategie anzupassen. So wurden beispielsweise die Mittel für den zivilen Wiederaufbau in den letzten Jahren erheblich aufgestockt. Die Zahl der Ausbilder für die afghanische Polizei und Armee wurde deutlich erhöht und so das Tempo der Ausbildung beschleunigt.

Frank-Walter Steinmeier hat bereits im September 2009 – noch vor der Bundestagswahl - mit seinem 10-Punkte-Plan erstmalig eine Perspektive für das weitere Verfahren und den Abzug aus Afghanistan vorgelegt. Er formuliert darin Eckpunkte für die weitere Zusammenarbeit mit der afghanischen Regierung und eine konkrete Perspektive für Dauer und Ende des deutschen und internationalen Einsatzes in Afghanistan. Gefordert ist eine „Road-Map“ mit konkreten und verbindlichen Zielen und Vorkehrungen für deren Umsetzung. Die afghanische Regierung soll beim Schutz der Grundrechte, der Bekämpfung von Korruption und Drogenhandel stärker in die Pflicht genommen und die Ausbildung von ANA und ANP soll beschleunigt werden, um die Sicherheitsverantwortung schrittweise in afghanische Hände übergeben zu können. Frank-Walter Steinmeier fordert in dem Zehn-Punkte-Plan darüber hinaus, die innerafghanische Versöhnung zu befördern, den zivilen Wiederaufbau zu forcieren und den regionalen Ansatz unter Einbeziehung Pakistans und anderer wichtiger Anrainer Afghanistans weiter zu verfolgen.

Die neue Afghanistan-Strategie der USA

Auf Drängen der Verbündeten unter maßgeblicher Beteiligung von Frank-Walter Steinmeier haben jetzt auch die USA einen grundlegenden Kurswechsel in ihrer Afghanistan-Politik vorgenommen. US-Präsident Barack Obama hat in einer wegweisenden Rede am 1. Dezember 2009 die neue Strategie der USA vorgestellt. Eines der drei Kernelemente dieser Strategie sind militärische Maßnahmen, um die Voraussetzungen für eine Machtübertragung an die afghanische Regierung zu schaffen. Die amerikanischen Truppen werden hierfür um 30.000 Soldaten verstärkt.

Nach 18 Monaten, also ab Juli 2011, wird der Abzug der amerikanischen Truppen beginnen.

Weitere Kernelemente der neuen US-Strategie sind eine starke Erhöhung der Anzahl der zivilen Kräfte zur Unterstützung des politischen und wirtschaftlichen Wiederaufbaus sowie eine effektive Partnerschaft mit Pakistan. General McChrystal hat mit einer neuen taktischen Direktive den Schutz der afghanischen Bevölkerung und die Vermeidung ziviler Opfer zum Leitprinzip des ISAF-Einsatzes erhoben und damit einen grundlegenden Kurswechsel vorgenommen.

Zahlen – Daten – Fakten zur Entwicklung in Afghanistan

ISAF-Mandat

- ▶ Beschluss und Einsatz ISAF Dezember 2001
- ▶ Commander derzeit: General (USA) Stanley A. McChrystal
- ▶ 43 truppenstellende Nationen
- ▶ ISAF-Truppen insgesamt: etwa 84.150
- ▶ Deutsches Kontingent: 4.270; Mandat bis zu 4.500
- ▶ 26 Provincial Reconstruction Teams (PRTs)

Beginn **Mandat OEF** Oktober 2001 (Ausstieg Deutschland 2008)

Finanzieller Umfang

- ▶ Die internationale Gemeinschaft hat bislang insgesamt ca. 42,3 Mrd. US-\$ für den zivilen Wiederaufbau Afghanistans zugesagt (2002 bis 2011).
- ▶ Deutschland hat im Zeitraum von 2001 bis 2010 insgesamt mehr als 1,3 Mrd. Euro zur Verfügung gestellt und ist damit nach USA und Japan drittgrößter bilateraler Geber.
- ▶ Umfang der deutschen Entwicklungszusammenarbeit pro Jahr Auswärtiges Amt: rund 108 Mio. Euro (2009), BMZ: rund 144 Mio. Euro (2009)

Ausbildung Polizei/Militär

- ▶ Afghan National Army ANA ca. 95.000 (Ziel 171.000)
- ▶ Afghan National Police ANP ca. 90.000 (Ziel 134.000)

Bildung

- ▶ Zahl der Schulen (2008): 9.500; seit 2001 wurden mehr als 3.500 Schulen gebaut.
- ▶ Gesamtzahl Schüler/Schülerinnen: 6,2 Mio.(mehr als verfünffacht); davon 2,4 Mio. Mädchen (35 %)
(Unter den Taliban besuchten nur 1 Mio. Jungen die Schule)

Gesundheit

Medizinische Grundversorgung für 80 % (statt 8 % in 2001) der afghanischen Bevölkerung

Infrastruktur

- ▶ Wiederherstellung der wichtigsten Verkehrsrouten (sog. „Ring Road“), in deren Einzugsgebiet 60 % der Bevölkerung leben, auf ca. 2.000 km
- ▶ Insgesamt ca. 13.000 km Straße rekonstruiert
- ▶ Wasserversorgung: In Herat wurde durch deutsche Entwicklungszusammenarbeit Ende 2007 eine Versorgung von 80 % der Stadtbevölkerung erreicht.
- ▶ In weiteren städtischen Gebieten (Kabul, Kundus, Masar) gibt es im Wasser- und Energiebereich ebenfalls sichtbare Fortschritte.



TOPTHEMA

Afghanistan-Einsatz braucht klare Perspektive

Am 27. Januar hielt die Kanzlerin endlich auf unser Drängen hin ihre Regierungserklärung zur internationalen Afghanistan-Konferenz in London. In seiner Erwiderung begrüßte der SPD-Parteivorsitzende Sigmar Gabriel, dass Schwarz-Gelb nach wochenlangem Ringen um eine Afghanistan-Strategie nun Kernforderungen der Sozialdemokraten übernommen hat. Als „Last-Minute“-Entscheidung wollen nun auch Union und FDP die Aufstockung der Mittel für den Wiederaufbau, mehr Ausbildung von Sicherheitskräften und eine Abzugsperspektive. Für die Zustimmung der SPD zu einem veränderten ISAF-Mandat benannte Gabriel eindeutige Bedingungen.

Wir wollen im Einklang mit der Strategie der USA und den europäischen Partnern die Reduzierung der Truppen 2011 beginnen. Der von uns angestrebte Abzug der Bundeswehr von 2013 bis 2015 entspricht dem Ziel der afghanischen Regierung, in diesem Zeitraum selbst die Sicherheitsverantwortung für ihr Land zu übernehmen. Bis dahin muss die internationale Gemeinschaft Afghanistan dabei unterstützen, dies auch gewährleisten zu können.

Klare Abzugsperspektive und überprüfbare Ziele für den Einsatz gefordert

Eine solche Abzugsperspektive für die deutschen Streitkräfte aus Afghanistan forderte der SPD-Vorsitzende von der Bundesregierung als Grundvoraussetzung für eine Zustimmung der Sozialdemokraten zu einem neuen Bundeswehrmandat. Des Weiteren müsse die Kanzlerin qualitative und quantitative Ziele für den deutschen Afghanistan-Einsatz entwickeln und ihre Einhaltung kontinuierlich und transparent durch Nichtregierungsstellen überprüfen lassen. Erst dadurch werde es „für das Parlament, aber auch für die deutsche Öffentlichkeit überprüfbar, ob unser Afghanistaneinsatz gerechtfertigt ist oder nicht und ob wir die richtigen Mittel einsetzen oder nicht“, betonte Gabriel.

SPD sieht zusätzliche Truppen mit großer Skepsis

Die von der schwarz-gelben Regierung geplante Truppenaufstockung kritisierte der SPD-Parteivorsitzende deutlich: „Wir sind nicht überzeugt davon, dass wir für diese Strategie 850 zusätzliche Soldatinnen und Soldaten brauchen. Darüber werden wir hier im Deutschen Bundestag sicher noch heftig diskutieren“. Merkel müsse deutlich machen, ob ihre geplanten Truppenaufstockungen zwingend und klar zeitlich begrenzt sind. Außerdem müsse die Kanzlerin klarstellen, ob sie nachvollziehbar eine Beendigung der Beteiligung der deutschen Bundeswehr an bewaffneten Einsätzen für den Zeitraum 2013 bis 2015 herbeiführen will.

10-Punkte-Plan von Frank-Walter Steinmeier hat Richtung vorgegeben

Gabriel erinnerte in seiner Rede an die Vorlage für die jetzt durch die Bundesregierung übernommene Strategie: den Zehn-Punkte-Plan Frank-Walter Steinmeiers, den er bereits im Spätsommer 2009 vorgelegt hatte. Darin wird unter anderem eine massive Stärkung des zivilen Aufbaus gefordert, eine Regionalisierung der Sicherheitsstrukturen, ein Dialog mit allen relevanten Kräften im Land sowie eine stärkere Einbeziehung von wichtigen internationalen Partnern wie China, Russland, Türkei und auch Iran. Ziel ist es, Afghanistan mittelfristig zu verlassen, ohne aber die Sicherheit und Stabilität des Landes zu gefährden.

Begriff „Krieg“ nicht leichtfertig verwenden

Außerdem warnte Gabriel vor einer leichtfertigen Verwendung des Begriffs „Krieg“. Es handle sich um einen Einsatz der Vereinten Nationen. Dabei „sind Soldatinnen und Soldaten so etwas wie „Weltpolizisten“ dort, wo die normalen polizeilichen Mittel versagen und nicht wirken. Sie sind eben keine Krieger,“ so Gabriel.



Kritik am langen Schweigen der Kanzlerin

Heftige Kritik äußerte Gabriel am wochenlangen Schweigen der Kanzlerin im Vorfeld der internationalen Afghanistan-Konferenz am 28. Januar in London gegenüber Parlament und Öffentlichkeit: „Wir mussten ja heute lesen, dass Ihr Außenminister erst gestern die Verbündeten über die neue Afghanistanstrategie der Bundesregierung informiert hat. ...Last-Minute sozusagen. Wer so kurzfristig auf internationale Konferenzen fährt, der muss sich nicht wundern, wenn er dabei am Katzentisch sitzt.“

In Verantwortung für den Einsatz in Afghanistan von Anfang an

Seit Beginn des Afghanistan-Einsatzes 2001 steht für die SPD der politische und wirtschaftliche Aufbau im Mittelpunkt des internationalen Engagements. Das Ziel muss sein, die Eigenverantwortung Afghanistans zu stärken und damit die Voraussetzungen für ein Ende des militärischen Engagements zu schaffen. Dazu leisten die deutschen Soldaten, Polizisten und Mitarbeiter der Nichtregierungsorganisationen seit Jahren Außerordentliches. Und dies geschieht unter schwierigsten und oft lebensbedrohlichen Bedingungen. Ihre wichtige Arbeit für mehr Sicherheit und Perspektiven für die Menschen gilt es zu unterstützen. Aufbauend auf dem 10-Punkte-Plan von Frank-Walter Steinmeier haben wir bereits zur Verlängerung des ISAF-Mandats am 3. Dezember 2009 einen Entschließungsantrag mit klaren Forderungen an die Bundesregierung für eine künftige Afghanistan-Strategie eingebracht. Mit unserer Afghanistan-Konferenz am 22. Januar unter Beteiligung von Experten haben wir die öffentliche Auseinandersetzung gesucht. In ihrem gemeinsamen Positionspapier haben Frank-Walter Steinmeier und Sigmar Gabriel ihre Linie formuliert und die Debatte entscheidend vorangebracht.

AUSSEN

Abschiebungen nach Syrien beenden

In Deutschland lebende Flüchtlinge aus Syrien sollen nicht mehr ausgewiesen werden, solange in ihrer Heimat die Menschenrechte massiv verletzt werden. Parallel dazu soll jedoch weiterhin versucht werden, Syrien als wichtigen Akteur im Nahen Osten in die internationale Gemeinschaft einzubinden. Hierfür setzt sich die SPD-Bundestagsfraktion mit ihrem Antrag „Syrien – Abschiebungen beenden, politischen Dialog fortführen“ (Drs. 17/525), der am 28. Januar 2009 im Bundestag debattiert wurde, ein.

In Deutschland leben etwa 7.000 ausreisepflichtige Flüchtlinge aus Syrien. In jüngster Zeit wurde bekannt, dass abgeschobene Personen nach ihrer Einreise in Syrien verhaftet wurden. Deshalb ordnete die Bundesregierung an, Rückführungen von Personen, die sich illegal in Deutschland aufhalten, nach Syrien mit besonderer Sorgfalt zu prüfen. Zugleich wurde das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge gebeten, vorerst keine Asylanträge mehr als offensichtlich unbegründet abzulehnen und Entscheidungen über Folgeanträge zurückzustellen.

Angesichts der kritischen Menschenrechtsslage im Land setzen wir uns dafür ein, Flüchtlinge nicht mehr abzuschicken und das bilaterale Rückübernahmeabkommen zwischen Deutschland und Syrien zu kündigen. Unter den Ausreisepflichtigen sind auch viele (staatenlose) Kurden, die in Syrien zahlreichen Diskriminierungen ausgesetzt sind.

Unabhängig von diesen flüchtlingspolitischen Forderungen halten wir es für nötig, den politischen Dialog mit Syrien fortzuführen und die Öffnung des Landes zu unterstützen. Ohne eine konstruktive Rolle Syriens ist eine politische Lösung des Nahostkonfliktes unwahrscheinlich.



Familie

Kinder wirksamer schützen

Am 28. Januar hat der Bundestag den Antrag der SPD-Bundestagsfraktion mit Eckpunkten für ein grundlegendes Kinderschutzgesetz „Kinderschutz wirksam verbessern: Prävention im Kinderschutz optimieren – Förderung und Frühe Hilfen für Eltern und Kinder stärken“ (Drs. 17/498) beraten. Damit sind wir den Ankündigungen von Familienministerin Köhler einen entscheidenden Schritt voraus. Uns geht es vor allem darum, Eltern zu stärken, um Überforderungen zu vermeiden und das Kindeswohl von Anfang an zu schützen.

Ein Gesamtpaket für einen wirksamen Kinderschutz - kein Aktionismus

Damit Kinder besser vor Gefahren geschützt sind, ist ein umfassendes Gesamtkonzept nötig. Purer Aktionismus hilft nicht weiter. Als Grundlage für einen wirksamen Kinderschutz fordern wir erneut, die Kinderrechte im Grundgesetz zu verankern. Des Weiteren setzen wir auf eine bessere und engere Zusammenarbeit von Jugendämtern, Ärzten, Behörden, Schulen und Kinderbetreuungseinrichtungen. Zur besseren Vorbeugung gegen Kindesgefährdung sollen Kitas zu Eltern-Kinderzentren mit breitem Beratungsangebot ausgebaut werden. Wesentlich ist außerdem, die Schnittstelle zwischen der Kinder- und Jugendhilfe einerseits und dem Gesundheitswesen andererseits zu schließen.

Schwarz-gelbe Steuergeschenke konterkarieren Kinderschutz

Einen besseren Kinderschutz gibt es nicht zum Nulltarif. Dazu ist ein handlungsfähiger und ausreichend finanzierter Staat unerlässlich. Deshalb fordern wir von Schwarz-Gelb, alle Maßnahmen, wie die Steuergeschenke an ihre Klientel, zu unterlassen oder rückgängig zu machen, die die Finanzkraft des Bundes, der Länder und der Kommunen schwächen und damit einen wirksamen Kinderschutz konterkarieren.

Umfassendes Kinderschutzgesetz von Regierung gefordert

Wir erwarten von der Bundesregierung einen Gesetzentwurf, der den Kinderschutz wirksam verbessert und die Prävention im Kinderschutz stärkt. Bestehende Lücken in bundesgesetzlichen Regelungen, die eine Prävention von Kindesvernachlässigung und -misshandlung, eine Stärkung früher Förderung und früher Hilfen und die Förderung eines gesunden Aufwachsens erschweren, sollen geschlossen werden. Zudem soll Schwarz-Gelb ein bundeseinheitliches Präventionsgesetz vorlegen und die Erhebung der Jugendhilfestatistik verbessern. Schließlich soll die Bundesregierung dem Bundestag entsprechende Evaluationen und Berichte zu diesem Bereich vorlegen.

In der Großen Koalition war das Vorhaben eines Kinderschutzgesetzes gescheitert, da die Union anstatt vorbeugende Maßnahmen in den Mittelpunkt zu stellen auf Kontrolle und Repression setzte. Dies haben wir, unterstützt von vielen Expertinnen und Experten, abgelehnt.

FINANZEN

Lasten der Krise gerecht verteilen – Spekulationen eindämmen

Beständig wird aus den Reihen der Bundesregierung über Maßnahmen zur angemessenen Beteiligung der Banken an den Krisenkosten und zur Eindämmung von Finanzmarktspekulationen und Boni-Exzessen schwadroniert. Manches - so die Kanzlerin oder auch der Bundesfi-



nanzminister und ihre Beamten - sei denkbar, möglich, wünschenswert; anderes dann aber eher nicht oder unter bestimmten Bedingungen doch. Manches gehe vielleicht national, vielleicht aber auch nicht - oder doch nur mit den USA, oder auch europäisch oder doch eher nicht. Klare Initiativen und jetzt schon ohne weiteres mögliche Gesetzentwürfe der Bundesregierung - zum Beispiel zur Begrenzung der steuerlichen Abzugsfähigkeit überhöhter Boni als Betriebsausgaben - werden allerdings nach wie vor nicht vorgelegt. Offensichtlich werden hier auch die einzelnen Instrumente - Finanztransaktionssteuer, Boni-Steuer/Abgabe; Bankensteuer/-abgabe - gegeneinander ausgespielt.

Das ist nach wie vor die Strategie von Merkel und Schäuble: Mit allgemeinem Gerede die Öffentlichkeit einlullen und besänftigen - aber im Konkreten den Banken und der Finanzindustrie nicht zu nahe treten.

Finanztransaktionssteuer einführen und Spekulationen begrenzen

Die SPD hat dazu eine klare und konkrete Gegenposition. Mit zwei Anträgen (Drs. 17/526, 17/527) fordern wir eine Beteiligung der Banken an den Lasten der Krisenbekämpfung und der Einsetzung präventiver Maßnahmen, um eine Wiederholung der Finanzmarktkrise zu verhindern. Dazu sollen Regelungen sowohl auf der Ebene des internationalen und nationalen Finanzsystems als auch auf Ebene der einzelnen Banken getroffen werden.

Wir fordern die Bundesregierung auf:

- sich konsequent für die Einführung einer internationalen Finanztransaktionsbesteuerung einzusetzen. Sollte sich auf internationaler Ebene keine Einigung erzielen lassen, soll eine europäische Finanztransaktionssteuer eingeführt werden. Kann weder eine internationale noch eine europäische Übereinkunft erreicht werden, soll als erster Schritt eine nationale Börsenumsatzbesteuerung nach britischem Vorbild eingeführt werden.
- die zuletzt erste Erfolge zeigenden nationalen und internationalen Maßnahmen gegen Steueroasen und Steuerhinterziehung mit Nachdruck weiter zu führen.
- bei der Umsetzung ihrer Pläne zur Neuordnung der Finanzmarktaufsicht in Deutschland auf alle Maßnahmen zu verzichten, die die Aufsicht institutionell oder personell schwächen könnten.
- für eine angemessene Beteiligung der Banken an der Finanzierung der öffentlichen Lasten aus der Krisenbekämpfung zu sorgen.
- unverzüglich Maßnahmen für eine angemessene Beteiligung der Banken an der Finanzierung der öffentlichen Lasten aus der Krisenbekämpfung zu ergreifen und umgehend für eine wirksame Begrenzung der Banker-Boni zu sorgen. Die Begrenzung der steuerlichen Abzugsfähigkeit überhöhter Bonuszahlungen als Betriebsausgaben muss sofort umgesetzt werden.

Geschenk an Hoteliers rückgängig machen

Hohe Verluste für die öffentliche Hand durch geringere Steuereinnahmen und keine Vorteile für Hotelgäste in Deutschland sind das Ergebnis der schwarz-gelben Regierungspolitik. Die Realität beweist: zum Jahresbeginn stiegen die Preise für Hotelübernachtungen zum Teil sogar an. Dabei hat die schwarz-gelbe Koalition kurz zuvor den Hotels ein Geschenk in Form der Mehrwertsteuerermäßigung gemacht, um angebliche Wettbewerbsnachteile auszugleichen. Diese Entwicklung belegt nun, dass die von der SPD kritisierten negativen Folgen aus dem „Wachs-



tumsbeschleunigungsgesetz" eintreten: Jährlich verliert die öffentliche Hand Steuereinnahmen aus der Absenkung der Mehrwertsteuer für Hoteliers im Umfang von circa einer Milliarde Euro.

Steuervorteile von FDP erkaufte

Dass die FDP dem Lobbyismus der Hotelbranche erlegen ist, ist spätestens mit der Millionenspende der Substantia AG an die liberale Partei offensichtlich. Skandalös ist, dass auf parlamentarischer Ebene Lobbyinteressen durchgesetzt werden, die zuvor durch eine saftige Parteispende von 1,1 Millionen Euro erkaufte worden sind. Der Koalitionspartner CDU/CSU spielt dabei mit, um das Regierungsbündnis nicht zu gefährden. Dieses Vorgehen hat den Anschein eines käuflichen Staates und es besteht die Gefahr, der Korruption den Weg zu bereiten. Das steht im krassen Gegensatz zu unserer demokratischen Grundordnung und politischen Auffassung.

Schamlose Klientelpolitik zurück nehmen

Wir haben die FDP im Bundestag bereits aufgefordert, die Spende der Substantia AG zurückzahlen. In einem Gesetzentwurf zur Änderung des Umsatzsteuergesetzes (Drs. 17/520) fordern wir nun, die unsinnige Absenkung des Mehrwertsteuersatzes auf Hotelübernachtungen von 19 auf 7 Prozent zurückzunehmen. Die Einführung des ermäßigten Umsatzsteuersatzes ist eine eklatante politische Fehlentscheidung der Koalition von CDU/CSU und FDP. Die von der Deutscher Hotel und Gaststättenverband (DEHOGA) in Aussicht gestellte spürbare Senkung der Übernachtungspreise in Deutschland bleibt erwartungsgemäß aus. Ein Wachstumseffekt ist nirgends erkennbar, es werden weder die Auslastung noch die Beschäftigung dieser Betriebe steigen. Auch die Warnungen vor zusätzlichem bürokratischem Aufwand bestätigen sich und veranlassten die Wirtschaftsverbände bereits zum öffentlichen Aufruf an die Bundesregierung nach Abmilderung der Lohnsteuerfolgen der Neuregelung.

Rückschritt zur Bimbespolitik à la Kohl

Angesichts der Lage der öffentlichen Haushalte besteht für diese Steuergeschenke keinerlei finanzieller Spielraum. Niemand hat dafür Verständnis und die schamlose Klientelpolitik lässt vielmehr einen Rückschritt in die Bimbesrepublik unter Helmut Kohl befürchten.

RECHT

Sexuelle Identität im Grundgesetz schützen

Die SPD setzt sich dafür ein, dass der Schutz vor Diskriminierung aufgrund der sexuellen Identität in Artikel 3 Absatz 3 Grundgesetz aufgenommen wird. Es geht vor allem um die Stärkung der Rechte von Lesben, Schwulen, Bisexuellen, Transgender, transsexuellen und intersexuellen Menschen. Ein ausdrückliches Diskriminierungsverbot im Grundgesetz schafft eine klare Maßgabe für den Gesetzgeber. Dazu hat die SPD-Bundestagsfraktion einen Gesetzentwurf (Drs. 17/254) eingebracht, der am 29. Januar 2010 in 1. Lesung im Bundestag beraten wurde.

Die Mütter und Väter des Grundgesetzes haben sich 1949 aufgrund der furchtbaren Erfahrungen in der Zeit des Nazi-Regimes dafür entschieden in Artikel 3 Absatz 3 zu verankern, welche persönlichen Merkmale als Anknüpfungspunkt von Diskriminierung schlechthin ausscheiden: Geschlecht, Abstammung, Rasse, Sprache, Heimat, Herkunft, Glauben, religiöse und politische Anschauungen.

Dabei hat man damals zwei Opfergruppen der NS-Zeit übergangen: Behinderte und Homosexuelle. Mit der Reform des Grundgesetzes wurde 1994 das Verbot der Benachteiligung aufgrund der Behinderung aufgenommen. Auch für ein Verbot der Diskriminierung aufgrund der



sexuellen Identität gab es damals schon eine Mehrheit, wenn auch nicht die erforderliche Zweidrittel-Mehrheit.

Sexuelle Identität darf kein Anlass für Diskriminierungen sein. Artikel 3 des Grundgesetzes ist dafür genau der richtige Platz, um das deutlich zu machen.

Nachdem sich der Bundesrat mit seiner Mehrheit aus Union und FDP in beschämender Weise einem entsprechenden Antrag verweigert hat, ist die SPD-Bundestagsfraktion tätig geworden. In der Abstimmung wird sich zeigen, was von den vielen Bekenntnissen der FDP zum liberalen Rechtsstaat und zur Gleichstellung gleichgeschlechtlicher Lebensgemeinschaften zu halten ist. Ihr bisheriges Verhalten zu diesem Thema war jedenfalls ein Armutszeugnis.

UMWELT

Die richtigen Lehren aus Kopenhagen ziehen

Nach dem Scheitern der Klimakonferenz in Kopenhagen (COP15) im Dezember 2009 ist die Weltgemeinschaft angesichts der drohenden Gefahren bei Fortschreiten des Klimawandels gefordert, erneute Anstrengungen für ein verbindliches Nachfolgeabkommen des Kyoto-Protokolls zu unternehmen. Deshalb hat die SPD-Bundestagsfraktion ihren Antrag „Die richtigen Lehren aus Kopenhagen ziehen“ (Drs. 17/522) in den Bundestag eingebracht, der am 28. Januar vom Parlament beraten wurde.

Die Klimakonferenz in Kopenhagen ist gescheitert. Das von einer Gruppe aus 26 Staaten erarbeitete Abschlussdokument, der Copenhagen Accord, wurde vom Plenum der 194 Vertragsstaaten nur formal zu Kenntnis genommen. Der Klimawandel, vielfach als größte Herausforderung beschworen, muss auf der Agenda der Völkergemeinschaft bleiben. Wir verlangen von Bundesregierung und Kanzlerin nun dafür zu sorgen, dass Deutschland und die Europäische Union die Vorreiterrolle für ein völkerrechtlich verbindliches Klimaschutzabkommen unter dem Dach der Vereinten Nationen (VN) nicht weiter gefährden. Dazu ist es notwendig, Glaubwürdigkeit gegenüber den Schwellen- und Entwicklungsländern zurück zu gewinnen.

Deutschland und EU müssen Vorreiter sein

In unserem Antrag fordern wir erneut, dass die Europäische Union das Ziel einer Senkung ihrer Treibhausgasemissionen von 30 Prozent bis 2020 gegenüber 1990, unabhängig von den Reduktionszielen anderer Staaten, beschließt und damit den Prozess in den VN stärkt. Gleichzeitig muss die Europäische Union die bilaterale Abstimmung intensivieren und ihre diplomatischen Möglichkeiten umfassend nutzen.

Die EU soll noch vor den Klimaverhandlungen in Bonn, die im Juni dieses Jahres stattfinden, konkrete Angebote über die Finanzierung von Minderungs- und Anpassungsstrategien in den Entwicklungsländern unterbreiten. Bei einem notwendigen Volumen von mindestens 100 Milliarden Euro im Jahr 2020 beträgt der Anteil der EU etwa 30 Milliarden Euro.

Deutschland muss Glaubwürdigkeit stärken

Zur Stärkung ihrer internationalen Glaubwürdigkeit soll Deutschland vom Copenhagen Accord unabhängige, eigene Vorstellungen vorantreiben und erstmals verbindliche über 2020 hinausgehende langfristige und anspruchsvolle Klimaziele festlegen sowie diese in einem Klimaschutzgesetz beschließen. Deutschland soll darin bis 2020 eine Verminderung der Treibhausgasemissionen von mindestens 40 Prozent und bis 2050 von 80 – 95 Prozent gegenüber 1990 festschreiben, ohne dies an Voraussetzungen für Minderungsziele anderer Länder zu knüpfen.

Zögern und Zaudern Merkels hat Verhandlungen gebremst



Merkels Taktik, erst in der letzten Phase der Verhandlungen Angebote zu machen ist in Kopenhagen nicht aufgegangen. Die Europäische Union und Deutschland haben es durch ihr langes Zögern sowohl beim Reduktionsziel als auch bei den Finanzierungszusagen versäumt, den Verhandlungsprozess voranzubringen. Nicht ohne Grund wurde die Bundesrepublik Deutschland wegen ihrer Haltung, finanzielle Hilfen im Klimaschutz nicht als zusätzlich zur Entwicklungszusammenarbeit leisten zu wollen, zum „Fossil of the Day“ gekürt.

WIRTSCHAFT

Nachhaltige Wirtschaftsstrategie gefordert

Auch der Jahreswirtschaftsbericht 2010 den die Bundesregierung am 28. Januar im Bundestag vorgestellt hat, zeigt: Es steht uns ein schwieriges Jahr bevor. Nach wie vor glaubt Schwarz-Gelb jedoch an die starke Beschleunigung des Wirtschaftswachstums durch weitere Steuersenkungen. Aber trotz starker Steuerentlastungen bereits zu Beginn des laufenden Jahres zeigt das Wirtschaftswachstum mit real 1,4 Prozent wie von uns und vielen Experten erwartet, längst nicht die von der Koalition angekündigte Wirkung. Die SPD-Bundestagsfraktion stellt der Klientel- und Verschuldungspolitik von Union und FDP in ihrem Antrag „Für eine Politik der wirtschaftlichen Vernunft – Nachhaltiges Wachstum und mehr Beschäftigung schaffen“ (Drs. 17/521) ein eigenes Konzept entgegen.



Weichen jetzt richtig stellen

Jetzt müssen zentrale Weichenstellungen für die Zukunft vorgenommen werden. Wenn die Bewältigung der Herausforderungen durch die Finanz- und Wirtschaftskrise misslingt, wird sich die deutsche Wirtschaft für lange Zeit nicht erholen. Um gestärkt aus der Krise zu kommen, ist eine intelligente Wachstumsstrategie notwendig, die nachhaltige wirtschaftliche Leistungsfähigkeit, soziale Sicherheit und ökologische Verantwortung miteinander verbindet. Wir wollen nachhaltiges Wachstum, gute Arbeit und gerechte Teilhabe. Unser Konzept ist die sozialverantwortliche Alternative zur Rat- und Tatenlosigkeit des Bundeswirtschaftsministers.

Für eine Politik der wirtschaftlichen Vernunft

Unser Hauptaugenmerk liegt darin, eine neue Investitionskultur zu schaffen. Die verstärkte Förderung privater und öffentlicher Investitionen setzt Anreize für Unternehmen und unterstützt Forschung, Entwicklung und Innovationen. Außerdem brauchen wir eine neue Balance von Exporten und Binnennachfrage. Nur so werden wir eine zukunftsfähige Politik gestalten können.

Unsere Hauptforderungen sind:

- Private und öffentliche Investitionen müssen gesteigert werden. Mehr unternehmerische Investitionen sind dringend erforderlich, um Arbeitsplätze zu schaffen. Hierfür kommen vor allem Sonderabschreibungen und Investitionszulagen für ressourcensparende Investitionen und gezielte Existenzgründungshilfen in Betracht. Für ökologisch wirksame Investitionen sollen zusätzliche Anreize geschaffen werden.
- Gleichermaßen bedarf es eines massiven Impulses bei den öffentlichen Investitionen für bessere Bildung in Deutschland. Mit einer Bildungsoffensive sind die Investitionen in Bildung zu erhöhen.
- Es geht darum, eine bessere Balance der deutschen Volkswirtschaft durch eine gezielte Stärkung der Binnenwirtschaft zu erreichen. Für mehr Nachfrage und um Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer gegen Dumpinglöhne abzusichern, sind in möglichst vielen Branchen allgemeinverbindliche tarifliche Mindestlöhne zu unterstützen. Ziel ist ein allgemeiner gesetzlicher Mindestlohn als unterste Grenze.
- Die innerhalb der G 20 und der EU getroffenen Absprachen zur Stabilisierung der Finanzmärkte sind in konkrete Regulierungsvorschriften umzusetzen. Anreize für Spekulationen sind zu begrenzen und Anreize für langfristige Investitionen zu erhöhen. Die Begrenzung der steuerlichen Abzugsfähigkeit überhöhter Bonuszahlungen als Betriebsausgaben ist umgehend umzusetzen.
- Für die binnenwirtschaftliche Entwicklung wird die Kreditversorgung der Wirtschaft von besonderer Bedeutung sein. Dazu muss es eine verbindliche Selbstverpflichtung der Banken geben, das Kreditvolumen vor allem für den Mittelstand deutlich zu erhöhen.
- Zur Stärkung des Produktionsstandortes Deutschland ist die Modernisierung traditioneller industrieller Zweige auf der Grundlage einer strategischen und ökologischen Industriepolitik voranzutreiben. Leitmärkte der Zukunft sind auszubauen und neue Absatzmärkte zu erschließen.

Darüber hinaus muss ein neues Steuerkonzept Vermögende, unter anderem durch die Wiedereinführung der Vermögensteuer, stärker in die Verantwortung für das Gemeinwohl nehmen und Normalverdiener sowie Familien steuerlich besser stellen.

Mit Schwarz-Gelb droht wirtschaftlicher Stillstand

Nach wie vor setzt die Bundesregierung auf weitreichende zusätzliche Steuerentlastungen „möglichst zum 1. Januar 2011“. Gleichzeitig will sie ab 2011 die neue Schuldenregel einhalten und den Bundeshaushalt grundlegend konsolidieren.

Bundesregierung und Regierungskoalition glauben und pflegen immer noch ihre Lebenslüge, dass massive Steuersenkungen zwangsläufig ein rasant wachsendes Wirtschaftswachstum



Diese Woche im Parlament

auslösen - ein Unsinn, für den jegliche Empirie und ernsthafte Unterstützung durch Experten fehlt. Zudem zeigt ein Blick in die Geschichte der 80er und 90er Jahre, dass derartige Konzepte misslingen. Ansonsten steht bezogen auf die konkrete Ausgestaltung der Steuersenkungs- und Konsolidierungspläne der Bundesregierung auch im Jahreswirtschaftsbericht 2010 nichts Neues.

Der Jahreswirtschaftsbericht schreibt in den einschlägigen Passagen lediglich die Koalitionsvereinbarung ab. Nach wie vor werden vor der NRW-Wahl alle Schotten dicht gehalten.